

Pressemitteilung

3.12.2025

Pressemitteilung von Die Linke im Regionalverband Ruhr

Olympia in Köln: Ruhrgebiet muss sich hinten anstellen

Die Linke im RVR: Am Besten ganz bleiben lassen und auf Show und Protz verzichten

Mit der Festlegung auf Köln als „Leading City“ für die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 lässt die Landesregierung das Ruhrgebiet wieder einmal fallen. So reagiert die Fraktion Die Linke im Regionalverband Ruhr (RVR) auf die Ankündigung der schwarz-grünen Landesregierung.

Wolfgang Freye, Co-Vorsitzender der Fraktion Die Linke im RVR: „Mit der Ankündigung von Ministerpräsident Hendrik Wüst sind langgehegte Wünsche wie der der Stadt Essen, das olympische Dorf auf einem Deckel über der A 40 zu bauen und so die dringend notwendige städtebauliche Entwicklung für ein nachhaltiges Stadtquartier zum Wohnen voranzutreiben, wie eine Seifenblase geplatzt. Die Gelder dafür fließen nun in die Millionenstadt Köln, Ruhrgebietsstädte wie Essen, Bochum, Gelsenkirchen oder Dortmund werden zum Kölner Anhängsel degradiert und werden so mit Sicherheit nicht in den internationalen Fokus kommen. Statt der Ankündigung des Landes nun auch noch dienstbeflissen Beifall zu klatschen, wie der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen, sollten die Ruhrgebietsstädte eine Beteiligung an der Bewerbung ganz zu den Akten legen und auf die olympische Show und den damit verbundenen Protz verzichten, um sich den eigentlichen Entwicklungsaufgaben zu widmen.“

Die Linke hat die Bewerbung von NRW-Städten für Olympia ohnehin von Anfang an kritisch gesehen. 2036 geht aus historischen Gründen gar nicht, ansonsten zeigen die Olympischen Spiele der Vergangenheit, dass sie vor allem teuer sind und keine nachhaltige Wirkung hatten. Eine Bewerbung mit Köln als „Leading City“ erfüllt zudem die Kriterien des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nicht, nach denen jeder Spielort innerhalb einer Stunde erreichbar sein soll. Das ist beim ÖPNV in NRW schlicht nicht möglich.

Wolfgang Freye weiter: „Es ist zudem bezeichnend, dass das Land bisher keinerlei Angaben zur Finanzierung von Olympia macht. Bis zum Bürgerbegehren am 19. April 2026 erwarten wir dazu endlich klare Aussagen, ebenso wie zur Vorbereitung einer Olympia-Bewerbung, zu den Auswirkungen für den Breitensport, zum Verkehrsthema und zu den damit verbundenen nachhaltigen Entwicklungszielen. Bisher ist die Landesregierung dort völlig blank. Sportbegeisterung allein reicht aber nicht aus, zumal schon jetzt Löcher in den kommunalen Haushalten klaffen.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Sie erreichen Wolfgang Freye unter 0163 73 58 030